

Tabak-Arbeiter

Nummer 7

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

17. Februar 1923

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postämter zu beziehen. — Der Bezugspreis beträgt 60 Mk. für das Vierteljahr ohne Frangirung. — Abbestellungsfrist Montag abend. — Druck: Bremer Druckerei und Verlagsanstalt G. D. Schmalfeldt & Co. Dringmann.

Am 17. Februar (Sonntag) ist der 7. Wochenbeitrag fällig

Verbandsrat, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Welle 20, 1. Etz. — Amt Notend 6048. — G. D. Schmalfeldt & Co. Dringmann, Bremen, An der Welle 20, 1. — Postfach 5310 b. — Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bank für Sozialpolitik, Deutsche Reichsbank, Postfach 10000, Hamburg. — Verbandsrat: Dr. G. D. Schmalfeldt & Co. Dringmann, Hamburg, Postfach 10000, 3. 45-48

So sehen sie aus!

Die Beiträge und Unterstützungen in unserem Verbande haben wiederum eine Verringerung erfahren müssen. Wir sehen von einer längeren Verbindung ab und beantragen uns dafür mit der Wiedererlangung eines arbeitsreichen Monats, welches dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande zuzufügen ist. Es hat folgenden Wortlaut: „Der deutsche Arbeitgeberverband für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr.“

Berlin, den 21. Januar 1923.
An die Herren Geschäftsführer der örtlichen Arbeitgeberverbände Schlesien.
Der Reichsmittelrat beschloß die Ueberweisung des Arbeitszeitgesetzes an den Sozialpolitischen Ausschuß, damit dort eine Einigung erzielt wird. Wo Vertreter christlicher Gewerkschaften Reichsmittelratsmitglied sind, sind diese Christen nach den von uns angegebenen Richtlinien zu beauftragen, damit diese nicht mit den freien Gewerkschaften konform gehen.

Das von uns Ihnen zugeordnete Material contra Achtstundentag muß möglichst mit nächster Post uns zugeandt werden.

Die von uns Ihnen im Rundschreiben Nr. 1623 angegebenen Richtlinien gegen die freien Gewerkschaften werden immer noch nicht genügend beachtet. Auf alle Fälle müssen die Gegenstände zwischen Gelehrten und Ungelernten durch die Lohnpolitik, die auch von den Schlichtungsausschüssen mit Nachdruck zu vertreten ist, gespart werden. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Delatoren (Denunzianten, Spitzel) aus den Reihen zuverlässiger Arbeiter und Anwohler, die uns gut gekannt sind, erziehen werden müssen. Durch Geschenke und Reibgratifikationen werden sie unbenutzt deprimiert und die uns genehme Aufklärung bei den Belegschaften ist. Nach den bei uns eingegangenen Berichten können durch Propaganda gegen Zahlung zu hoher Beiträge bei den freien Gewerkschaften die besten Erfolge erzielt werden. Zur Zeit sind die freien Verbände noch im Besitz nicht unbedeutender Kampfmittel, die ihnen gestatten, örtliche Kämpfe längere Zeit durchzuführen. Eine Schwächung der gewerkschaftlichen Finanzen könnte uns nur die Möglichkeit geben, die Arbeiterkraft nach der früheren Art zu entlocken. Wo die Konjunktur nicht besonders günstig ist und finanzielle Verluste durch Schutzverbände gedeckt werden, müssen Streiks ausgedehnt werden, was die Reihen der Gewerkschaften bedeutend schwächen würde, was gleichbedeutend mit einer Verringerung der anbauenden Lohnbewegungen zu betrachten ist. Denn nur stark fundierte rote Verbände können uns gefährlich werden. Deshalb muß versucht werden, diese zu zersplittern und deren Mitglieder durch Delatoren (= Denunzianten und Verräter) von jeder erhöhten Beitragsleistung abzuhalten.

Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind, müssen die finanziell am geringsten bekämpft werden, denn diejenigen, die nur geringe Beiträge leisten, können uns nie unbenommen werden, und sollen auch diese der Arbeiterkraft durch dritte Personen empfohlen werden.

Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann, müssen sich die Betriebsräte aus den krankheitskräftigen und sich für die Arbeiterorganisationen rekrutieren. Durch geschickte Operation lassen sich aber auch die Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften beeinflussen, so daß diese selbst gegen jede Erhöhung der Beiträge sind. Dies geschieht an einzelnen Orten vorzüglich, ohne daß sich die Mehrheit der Arbeiter deren Folgen bewußt ist. (Unsere Mitglieder werden diese Erwartungen zuzuhören machen.)

Die von der Generalversammlung in München beschlossenen Beiträge von 900 M. pro Vierteljahr und Arbeiter sind im voraus, spätestens bis zum 30. Januar, an Dr. Brünner, Berlin W 9, Potsdamerstraße 4, zu senden. Ges. D. v. K a r g e t."

Aus diesem Rundschreiben leuchtet die ganze Verfaßtheit der Unternehmer hervor. Mit Teufel über eine Gesellschaft, die sich nicht scheut, mit sinkendem Gelde Zubusse zu zücken und Verräter heranzubilden! Dieses Rundschreiben müßte allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die kirchlich-dunkelsten, die christlichen, die nationalen und sonstigen „kranken“ Gewerkschaften befehlen, die Ueberzeugung beibringen, daß sie sich auf folchem Wege befinden und müßte sie veranlassen, schleunigst daraus die richtige Lehre zu ziehen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß das erste Gebot der Stunde ist, die freien Gewerkschaften organisatorisch und finanziell so stark wie möglich zu machen, so hätte das Unternehmensschreiben diesen Beweis erbracht. Und darum ist zu hoffen, daß dieser Kriegsanplan der Schatzmacher sich als ein Teil jener Kraft erweisen wird, der zwar das Böse will, aber letzten Endes das Gute schafft.

Nuhrbefegung und Sozialpolitik.

Von Alexander Knoll.

Als seinerzeit in Deutschland die einzelnen Bestimmungen des Versailles-Friedensdiktates näher bekannt wurden, klara das Urteil der sozialpolitisch urteilsfähigen Kreise allgemein dahin aus: „Das ist ein Friede gegen den Sozialismus!“ Die späteren Tatsachen und Vorgänge haben bewiesen, daß dieses Urteil zutreffend war; denn alle Bestimmungen der Sozialpolitik einzelner Wir-

tschaftsgruppen sind schließlich an den Bedingungen und Auswirkungen dieses Friedensdiktates geknüpft.

Durch die Ruhrbesetzung sind aber neue, noch schlimmere Gefahren für die deutsche Arbeiterkraft nahe gerückt. Gefahren, von denen in weiterer Folge die Arbeiter der Sozialpolitik immerhin noch ein Zukunftsproblem, wenn auch einer scheinbar nahen Zukunft, so sind durch die Ruhrbesetzung und die damit verbundenen Absichten des französischen Imperialismus alle gegenwärtigen sozialpolitischen Erwerbskrisen der deutschen Arbeiterkraft unmittelbar bedroht; alles, was sie in jahrelangen, opfervollen Kämpfen auf diesem Gebiete erreicht hat, steht vor der Gefahr, restlos vernichtet zu werden — in erster Linie der Achtstundentag! Alle sozialpolitischen Fortschritte und Einrichtungen sind ebenso in Frage gestellt.

Um das zu verstehen, müssen wir uns ganz kurz mit Geist und Sinn des Versailles-Friedensdokuments vertraut machen, insbesondere mit den französischen Aspirationen. Es herrscht leider auch in der deutschen Arbeiterkraft in dieser Hinsicht noch eine geradezu ungläubliche Unklarheit und Unkenntnis. Man kann gewiß der Meinung sein, daß gewisse deutsche Kreise weit mehr zu den Kriegselasten hätten herangezogen werden können, als es geschehen ist. Aber grundsätzlich ist anzunehmen, daß damit die französischen Pläne irgendwie hätten beeinträchtigt und gar vereitelt werden können! Selbst wenn Deutschland noch unendlich viel mehr an Reparationen geleistet hätte, so hätte das Instrument von Versailles den französischen Imperialismus doch die erwünschte und gewollte Veranlassung gegeben, deutsche „Verfehlungen“ festzustellen. Und so wenig der Wortlaut des Friedensdokuments den Franzosen ein Recht zu den jetzt ergriffenen Maßnahmen gewährt, so wenig sie ein Recht zur Besetzung von Düsseldorf und den übrigen bisherigen Sanctionen hatten und es dennoch ausgeübt hatten, indem sie sich dieses „Recht“ einfach zuerkannten — so wenig hätten sie sich auch in jedem anderen Falle von ihren Vorhaben abbringen lassen. Da sie Anhänger, Richter und Vollstrecker in einer Person zu sein sich anmaßen, so lassen sie sich durch die Spinnwebfäden vertraulicher oder völkerverrechtlicher Erwägungen von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Gestützt auf die größte Militärmacht, die die Welt in Friedenszeiten je gesehen hat, glauben die französischen Machthaber, dem moralischen Urteil aller Welt trotzen zu können. Sie rechnen dabei auf die politische Erfahrung: „Nur, daß in der Politik immer nur der ihnen annehmbare Erfolg abfindet, wenn er einmal eingetreten sein wird.“

Die französischen Machthaber wollen gar nicht, daß Deutschland erfüllt — und wenn es das nach unserem Ermessen getan hätte, dann würden sie noch immer „nach nicht so krank, weil Deutschland gerungen worden ist, absolut unerfüllbare Bedingungen zu unterwerfen. Diese unerfüllbaren Bedingungen sind das Mittel, das es Frankreich ermöglichen soll, sein bis heute noch nicht aufgegebenes Kriegsziel zu erreichen: die Annexion des linken Rheinuferes! Es will außerdem die deutsche Steinhohlenproduktion seiner eigenen Eisenindustrie dienlich machen — auf Kosten der deutschen Eisenindustrie. Dazu muß es die Kohlezugung des Ruhrreviers sehr in seine Hand bekommen und nach eigenem Ermessen darüber verfügen können.

Das ist der Sinn des französischen Vorgehens an der Ruhr. Wenn Frankreich dieses Ziel erreicht, dann ist Deutschlands Wirtschaftsleben endgültig zerstört! Schon durch die bisherigen Annexionen ist seine Lebensfähigkeit bedroht und verarmt. Geht nun aber noch das linke Rheinufer verloren und seinest so Frankreich wird sich die Ruhrkohlenproduktion dienlich zu machen, dann ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger und absoluter. Der Vorstoß der Franzosen an der Ruhr ist im furchtbarsten Sinne des Wortes ein Stoß in das Herz Deutschlands! Hat dieser Stoß den von Frankreich angestrebten Erfolg, dann ist auf einen Schlag Deutschland ein im vollsten Sinne des Wortes überdicktes Land. Es müssen sich dann automatisch alle die Folgeerscheinungen einstellen, die eine Massenüberbevölkerung naturgemäß zur Folge hat.

In sozialpolitisch urteilsfähigen Kreisen dürfte ein Zweifel darüber, daß eine lebensfähige Sozialpolitik nur auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft möglich ist, nicht bestehen. Krank die Wirtschaft läßt sich nicht mehr und mehr zurück, so muß das nicht zuletzt auch die Sozialpolitik nachteilig beeinflussen. Die Wahrheit dieses Satzes erkennen wir täglich in immer erschreckenderem Maße. Unsere Wirtschaft steht fast still — die Folge ist, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen sozusagen eintrocknen. Der Nährboden, auf dem sie sich bisher entwickelt haben, wird vollkommen ausgetrocknet. Demnach: die Krankenkassen vermögen trotz höchstesteuerter Beiträge ihre Ausgaben nicht mehr zu erfüllen; die übrigen sozialpolitischen Versicherungsanstalten werden mehr und mehr. Die Unterhaltungen der Erwerbslosen reichen kaum zu, um trockenes Brot zu kaufen; auf alles andere, was zum Leben notwendig ist, müssen die Unglücklichen, die auf irrend eine der sozialen Fürsorgeeinrichtungen angewiesen sind verzichten. Noch schlimmer steht es um die großen Kreise der Vermiste, die auf die

öffentliche oder private Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Und schreien nicht auch das Einkommen derjenigen, die noch so glücklich sind, arbeiten zu können, täglich, stündlich zusammen? Muß nicht der hochqualifizierte Arbeiter, der vor dem Kriege wöchentlich 10 Dollar verdiente, heute mit einem Wochen „verdienst“ von 60 bis 75 Cents sich durchhungern? Gewiß brauchte es in letzter Hinsicht nicht überall so entsetzlich schlimm zu stehen — aber selbst der glühendste Phantast wagt nicht zu behaupten, daß es möglich wäre, heute auch nur annähernd die Friedensparität der Löhne herzustellen. Und dieser Brocken der Entwertung aller unserer Leistungen und Einkünfte macht täglich, stündlich weitere rasende Fortschritte. Die Notenspreiße vermag den Bedarf an Zahlungsmitteln kaum noch zu decken — und je mehr sie ihre Leistungen dem Bedarf anpaßt, um so schneller schreitet der Entwertungsprozeß fort.

Wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, unsere sozialpolitischen Erwerbskrisen aufrechtzuerhalten? Und nun stehen wir vor der unbedingten Gewißheit, daß die Zahl unserer Arbeitslosen ins Ungeheure und Unmögliche steigen muß — wenn der französischen Regierung ihr Vorhaben an der Ruhr gelingt! Auf der anderen Seite aber erscheint es absolut ausgeschlossen, diesen Hunderttausenden die nötigen Mittel zu beschaffen, um sie vor dem starren Berührung zu bewahren. Gewiß kann die Notenspreiße noch „produktiver“ gestaltet werden — mit der Wirkung, wie wir sie in Ostpreußen und noch mehr in Rußland erblickt. Und weiter bangt Sorge ist: Können wir deutschen Gewerkschaften, kann die deutsche Arbeiterkraft unter solchen Umständen den Achtstundentag noch weiterhin wirksam verteidigen? All das Gerede und Geschwätz um den Achtstundentag, das wir bis jetzt in Deutschland gehabt haben, bedeutet im Ernst keine Gefahr für ihn. Es hat schon immer in Deutschland Leute gegeben, die in jeder Arbeitseinstellung eine „Gefahr“ erblickt haben. Sie haben es nicht verhindern können, daß die deutschen Gewerkschaften den Achtstundentag als erste für ihr ganzes Land erzwungen haben. Und sie werden — unter wirtschaftlich ungunstigen Verhältnissen! — den Achtstundentag so lange haben, als sie ihn selber nicht preisgeben! Aber: Unter wirtschaftlich ungunstigen Verhältnissen! Darauf kommt es an.

Der Kampf an der Ruhr, den jetzt die deutschen Arbeiter, Anwohler und Beamten gegen den französischen Imperialismus führen, ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, von dem die Arbeitnehmerschaft neun Zehntel darstellt. Um Sein oder Nichtsein und damit um all das, was die organisierten deutschen Arbeitnehmer in einem halben Jahrhundert zähren, opfervollen Kampfes auf wirtschaftlichem, sozialem und allgemeinem kulturellem Gebiet selbst geschaffen, den bestehenden und herrschenden Gewalten abzurufen haben.

Darüber hinaus aber hat dieser Kampf universelle Bedeutung. Es ist letzten Endes ein Entscheidungskampf zwischen der Arbeiterklasse der ganzen Welt einerseits, und einem im Siegestaumel tollwütigen Imperialismus andererseits. Es geht in diesem Kampf um nicht mehr und nicht weniger als um die Entscheidung darüber, ob die soziale Kultur, die sich die europäische Arbeiterklasse erobert hat, noch einmal in Trümmer geschlagen und die kapitalistische Barbarei, wie sie in den Hundstagen des Kapitalismus bestanden hat, noch einmal in Europa ihre Herrschaft aufzurichten soll oder nicht. In erster Linie aber wäre es die deutsche Arbeitnehmerschaft, die dieser Barbarei zum Opfer fallen müßte. Obwohl ihr die Arbeiter der übrigen europäischen Länder nicht entrinnen könnten, so besteht doch die Gefahr, daß das volle Erkenntnis bei jenen erst so spät eintritt, daß der deutschen Arbeitnehmerschaft damit nicht mehr geholfen sein würde. Deshalb gilt es in erster Linie für alle deutschen Arbeiter, Anwohler und Beamten, die unerreichte Gefahr an der Ruhr in ihrer ganzen Größe zu erkennen und alles, was sie nur zu opfern vermögen, herauszugeben, um die Brüder an der Ruhr in ihrem heroischen Kampfe gegen die Raubbesitze des französischen Imperialismus zu unterstützen. Unsere Brüder an der Ruhr haben erkannt, was rum es geht — zeigen wir ihnen, daß wir ihnen an Erkenntnis und Opferwilligkeit nicht nachstehen!

Aus dem Tabakgewerbe.

Die Arbeitslosigkeit im Januar.

Die Lage der Tabakarbeiter ist trostlos. Kaum 31 Prozent der Mitglieder unseres Verbandes können ihre volle Arbeitszeit ausnützen; alle übrigen sind entweder völlig arbeitslos oder müssen verkürzt arbeiten. Das ist das Ergebnis der Statistik über die Arbeitslosigkeit am Ende des Monats Januar. Von der Statistik erfasst wurden 85 622 (15 774 männliche und 69 848 weibliche) Mitglieber. Davon waren 20 529 (8743 männliche und 16 796 weibliche) völlig arbeitslos, während 35 502 (6122 männliche und 32 880 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. An Prozenten ausgedrückt ergibt das 24 Prozent Arbeitslose und 45 Prozent Kurzarbeiter.

An der nächsten Nummer werden wir uns eingehend mit den Ursachen des Niederganges der Beschäftigungsmöglichkeit beschäftigen und die Mittel zeigen, die bisher in Anwendung gebracht worden sind und weiter in Anwendung gebracht werden müssen, um aus diesem Stand herauszukommen.

